

An

Frau Monika Piel, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

Petition Pet 1-17-09-703-005442

Velbert, 29.01.2011

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

Sehr verehrte Frau Piel, sehr geehrte Herren,

Wie ist es möglich,

> **dass** mit einer folgenschweren UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlagen vernichtet werden,

> **dass** die Innovationsfähigkeit einer führenden Zukunftsbranche (Punkt 25 der Petition) begraben wird,

> **dass** ein Unternehmens-Genozid (Punkt 12 der Petition) ausgelöst wird,

> **dass** ein Jahrhundert-Desaster zum Schaden von Deutschland (Punkt 35 der Petition) veranstaltet wird,

ohne dass sich jemand darüber wundert? Das System Deutschland mit seinem Grundgesetz ist ein Sanierungsfall, weil es die Sensibilität für solche Schadensdimensionen verloren hat, weil Menschen dieses Landes trotz ihrer Grundrechte darunter zu leiden haben, ohne dass sie sich wehren können und konnten. Darüber habe ich mit Schreiben vom 03.01.2011 im Rahmen meiner Petition beim Deutschen Bundestag Informationen geliefert, die zum Nachdenken anregen sollten. Die aktuellen Eingaben zur Petition: siehe PS am Ende dieses Schreibens.

Mit diesem Schreiben an verantwortliche Persönlichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

an **Frau Monika Piel**, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR,
an **Herrn Prof. Markus Schächter**, Intendant des ZDF,
an **Herrn Dr. Willi Steul**, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
an **Herrn Ruprecht Polenz**, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

möchten wir auf unsere Petition beim Deutschen Bundestag (Abschnitte 01-41)

aufmerksam machen. Das Schreiben umfasst folgende Abschnitte:

42. Informationsskandal: 10 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

43. Wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben noch gerecht?

44. Unsere Petition beim Deutschen Bundestag: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

45. Unsere Anträge beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags entsprechend dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG

46. Unsere Anträge & Petitionsziele: Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Unterstützung geben?

Zu 42. Informationsskandal: 10 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

10 Jahre lang Informationen über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 der Öffentlichkeit vorenthalten? In Abstimmung mit dem Rundfunkrat (?) der Öffentlichkeit vorenthalten? Dadurch wurde eine transparente Politik verhindert und der Schaden für Deutschland vergrößert. Qualitätsjournalismus sollte Zusammenhänge aufzeigen. Die Betroffenen sind allein gelassen und müssen die Zusammenhänge selber suchen.

Insgesamt entzog der europäische Fiskus mit den UMTS-Auktionen im Jahr 2000 den europäischen Telekommunikationsunternehmen 100 Milliarden Euro (davon 50 Mrd aus Deutschland), **deren Investitionstätigkeit daraufhin bis 2005 völlig zum Erliegen kam.** Der Entzug der 100 Milliarden Euro war für die Mobilfunkunternehmen, für ihre Auftragnehmer bzw. Ausrüster derart kontraproduktiv, dass die so sehr erhoffte Fortsetzung des globalen Erfolgs- und Siegeszugs der GSM-Mobilfunktechnologie(2G) mit UMTS(3G) oder LTE(4G) chancenlos war. Der resultierende UMTS-Gau wurde erst in den Folgejahren erkennbar. Die Betroffenen sind bis heute allein gelassen.

Es ist frustrierend, mit ansehen zu müssen, wie Abgeordnete des Deutschen Bundestags heute kostenlos iPhones und iPads erhalten, **ohne** zu hinterfragen, warum es keine deutsche Smartphones gibt, **ohne** zu wissen, dass Computer und Telefonie deutsche Väter haben, **ohne** sich bewusst zu sein, dass der Deutsche Bundestag mit dem Telekommunikationsgesetz die Voraussetzungen für diese skandalösen Entwicklungen geschaffen hat.

Deutsche Forscher und Unternehmer haben im vergangenen Jahrhundert mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Rudolf Hell, Erfinder der Fax- und Scannertechnologie, oder auch Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert.

Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche im letzten Jahrhundert geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichen Maße heruntergewirtschaftet.

Heute stehen chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu

entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren bis 2000 Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend!

Es ist nicht akzeptabel, dass **Intendanten und Chefredakteure des öffentlich-rechtlichen Fernsehens qualifizierte Berichte über die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension bis jetzt verhindert haben**. Es ist ein völliges Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der für den Schaden an Deutschland daher mitverantwortlich zu machen ist. Ich bin in mehreren Schreiben auf die verantwortlichen Intendanten und Chefredakteure zugegangen, wie z.B.

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz Brief vom 09.10.2007 an den Vorsitzenden der ARD

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

und mit gleichem Inhalt an den Intendanten des ZDF

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF.pdf>

Professionell & Chancenlos (2) Email an alle Intendanten von ARD / ZDF am 16.10.2007

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Unterstützung der Politmagazine angeboten: Erfolglose Antwort vom 30.10.2007 auf ein Schreiben von ARD-Chefredakteur

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD2.pdf>

Zu 43. Wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben noch gerecht?

Nein. Die Bildzeitung hat heute mehr Einfluss auf das politische Geschehen als die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, die Mühe haben hinterherzukommen. Solange die Öffentlich-rechtlichen nur reagieren, wird sich nichts ändern. Wenn man den Anteil der Rundfunkgebühren am BIP pro Einwohner betrachtet, so liegt Deutschland hinter Dänemark (BIP in Dänemark allerdings um 40 % höher) an der Spitze in Europa. Hinzu kommt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland durch Werbung und staatliche Zuschüsse zusätzliche Finanzierungsquellen erschließt. Das Preis/Leistungsverhältnis ist nicht mehr in Ordnung.

"**Alternativlos**" ist das Unwort des Jahres. "Alternativlos" heißt, die öffentliche Diskussion von Alternativen ist nicht erwünscht. Es ist zu einfach, dieses Unwort des Jahres 2010 als Medienerfindung abzulehnen, wenn man beachtet, dass "**Wutbürger**" gleichzeitig das treffende Wort des Jahres 2010 ist. Wort und Unwort entstammen derselben Gemengelage. Es ist Zeit für eine Flurbereinigung. Neue Intendanten haben die Chance, Fehler der vergangenen Dekade zu korrigieren.

"Die qualitätsorientierten Programmcontrollingverfahren, die bereits in vielen Landesrundfunkanstalten praktiziert werden, bedürfen einer stärkeren Abstimmung, aber keiner starren Vereinheitlichung. Angestrebt werden sollte eine engere Verzahnung von internem Programmcontrolling und Programmaufsicht durch die Gremien." So aus einer Pressemitteilung des GVK vom 31.03.2009. Wer kontrolliert das Programmcontrollingverfahren?

Entscheidend sind die Ergebnisse, die den Anforderungen an den öffentlich-

rechtlichen Rundfunk nicht mehr gerecht werden. Die Ungarn machen Programmcontrolling per Mediengesetz. Da wird wenigstens europaweit diskutiert. Das ARD-interne Programmcontrolling ist nicht akzeptabel, weil tatsächlich Pressefreiheit verloren geht. Diese Strategie stärkt doch nur den Erfolg von Wikileaks oder demnächst Openleaks.

Das System Deutschland mit seinem Grundgesetz ist ein Sanierungsfall, weil es die Sensibilität für oben gezeigte Schadensdimensionen verloren hat. **Sanieren ist nur möglich, wenn Defizite schonungslos aufgedeckt werden. Daher müssen zuerst die Defizite der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender erkannt werden.** Das ist die bitter empfundene Praxis im Jahr 2011: Staatliche Einrichtungen haben gelernt, Grundrechte mit staatlicher Brachialgewalt auszuhebeln, ohne dafür Verantwortung übernehmen zu müssen. Ein Musterbeispiel ist dafür die Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf unsere Petition beim Deutschen Bundestag.

Es ist blanker Zynismus, wenn von einem leitenden Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes erklärt wird, dass man doch klagen könne, auch wenn die Existenz-Grundlage mit staatlicher Brachialgewalt vernichtet wurde, auch wenn das Lebenswerk mit einer weltweit herausragenden Höchstleistung für das Innovationswachstum in Deutschland zerstört wurde, auch wenn das Prozesskosten-Risiko sogar zum Offenbarungseid führen könnte.

Die Systematik des Staatshaftungsrechts ist bis heute verworren. Zwar hat der westdeutsche Gesetzgeber zu Beginn der 1980er Jahre ein Staatshaftungsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 1982 in Kraft getreten ist. Dieses wurde jedoch durch das Bundesverfassungsgericht bereits am 19. Oktober 1982 mangels Gesetzgebungskompetenz des Bundes für verfassungswidrig erklärt. **Dies ist ein unerträglicher Zustand**, weil dieser Zustand von Bundesministerien in schamloser Weise ausgenutzt wird, um den Verzicht auf Grundrechte zu erpressen.

Zu 44. Unsere Petition beim Deutschen Bundestag: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

Mit Schreiben vom 07.03.2010 habe ich den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als **Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht.**

Außer einer skandalösen Stellungnahme des beschuldigten Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, das trotz der Schwere ungeheuerlicher Vorwürfe alles leugnet und den Petenten diffamiert, habe ich nichts erreicht. Der aktuelle Stand unserer Petitionseingaben (Punkte 01-41) ist nachlesbar, mit Mausclick auf Internet-PDF

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Der Petitionsausschuss hat es bis heute unterlassen, seine besonderen

Befugnisse aus dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG für unsere Petition auch einzusetzen. Der Petent muss die Möglichkeit haben, diese besonderen Befugnisse nutzen zu können, ganz besonders bei Grundrechtsverletzungen schlimmster Kategorie. Er benötigt dafür eine qualifizierte, konstruktive, unterstützende Beratung durch den Ausschussservice, der von sich aus eine qualifizierte Unterstützung geben sollte. Aus diesem Grunde haben wir Anträge gestellt.

Zu 45. Unsere Anträge beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags entsprechend dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation war Qualitätsmerkmal unserer in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Der Beweis hierfür kann jederzeit mit unserem Congressband-Archiv angetreten werden. Siehe Internet:

> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Mit Schreiben vom 02.12.2010 an den Petitionsausschuss haben wir den Antrag gestellt, einer ausgewählten Delegation des Petitionsausschusses im Bundestag dieses Congressband-Archiv bei uns in Velbert als Beweismittel unserer Weltklasseleistung für Innovationstransfer und Innovationseffizienz präsentieren zu dürfen. Niemand in Deutschland kann Ihnen eine solche Präsentation bieten, weil dieses Congressband-Archiv einmalig ist.

Der längst immer wieder angebotene Beweis des einzigartigen Congressband-Archivs wurde nie eingefordert. Darüber hinaus kann die **hohe Qualifikation unserer Congressmessen bis 2003 mit sehr glaubwürdigen Zeugenaussagen** belegt werden, wie z.B. vorgeschlagen in Abschnitt 30
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet0212.pdf>

Congressleiter, Beiratsvorsitzende, Schirmherren müssen doch eine entscheidende Motivation für Ihre zeitaufwendige, öffentlichkeitswirksame Beteiligung auf unseren Congressmessen benennen können. Auch zum UMTS-Gau (UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen) können hochqualifizierte Zeitzeugen benannt werden.

Mit Schreiben vom 02.12.2010 haben wir daher den Antrag gestellt, die Organisation einer Zeugenbefragung entsprechend dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG ohne weitere Verzögerung veranlassen zu dürfen oder auch, selbstverständlich in Abstimmung nach Vorgaben des Petitionsausschusses unterstützen zu dürfen. Gerne würden wir einen Fragenkatalog erstellen und nach Bedarf auch weitere Zeugen benennen.

Für die Entwicklung der Innovationsfähigkeit durch Erschließung von Mittelstandspotenzialen mit Hilfe der Congressmessen haben wir lebenslanges Know-how. Der Nationale IT-Gipfel 2011 findet im Dezember 2011 in München statt. Wir wollen die Durchführung des Nationalen IT-Gipfels 2011 in Zusammenarbeit mit einem abzustimmenden Congressmesse-Beirat sofort wieder aufnehmen und eine Planung zur Weiterentwicklung als innovationsorientierte Congressmesse vornehmen.

Mit Schreiben vom 15.12.2010 haben wir daher den Eil-Antrag gestellt, alle

erforderlichen Maßnahmen mit uns sofort abzustimmen, mit der Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels die Wiedergewinnung der Innovationsfähigkeit in der ITK-Branche anzustreben.

Seit Jahren kämpfen wir um eine Rehabilitierung unserer Congressmessen. Weitere Zeitverzögerungen verschlimmern die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion. Der Niedergang der deutschen ITK-Branche ist nur aufzuhalten, wenn die Innovationsfähigkeit wieder entwickelt wird. **Der Nationale IT-Gipfel, nachweislich Bestandteil unserer Congressmessen, ermöglicht einen Neustart zur Wiedergewinnung der Innovationsfähigkeit:** Rehabilitierung unserer Congressmessen mit einem Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz gemäß Punkt 32, Nachweis unserer weltweit herausragenden Congressmessen mit den Anträgen gemäß Punkte 29 und 30, alles nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDF:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet0212.pdf>

Zu 46. Unsere Anträge & Petitionsziele: Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Unterstützung geben?

Wir waren wehrlos, als unsere Grundrechte mit der UMTS-Auktion 2000 und ihren verheerenden Folgewirkungen, mit rücksichtsloser Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt wurden, und wir kämpfen seit 10 Jahren vergeblich um eine Rehabilitierung, obwohl wir mit einer vorbildlichen Weltklasseleistung zum Vorteil, zum Nutzen, für die Zukunft Deutschlands beigetragen haben. **Das war unser Lebenswerk, wir haben nichts anderes gemacht, wir können nichts anderes.** Heute gehören wir zu den unbequemen Problemen, die möglichst abzuwehren sind, für die möglichst andere zuständig sind, für die möglichst nur andere Verantwortung haben. Als Betroffener allein gelassen. Haben wir Grundrechte? Das ist Deutschland 2011.

Haben wir ein Recht auf Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag? Das Petitionsrecht ist wohl das Grundrecht gemäß Artikel 17 GG, das am meisten Unterstützung braucht und am wenigsten erhält. Diese Petition zeigt darüber hinaus unvorstellbare Fehlentwicklungen in Deutschland auf, deren Beseitigung im nationalen Interesse liegt. **Wir leisten den Qualitätsjournalismus**, der eigentlich von öffentlich-rechtlichen Journalisten erbracht werden sollte. Daher fordern wir die Unterstützung unserer Anträge gemäß den Punkten 29, 30 und 36 unserer Petitionseingaben (siehe Internet-Links am Ende des Schreibens) sowie die Unterstützung zur Erreichung unserer Petitionsziele. Siehe Punkte der parlamentarischen Prüfung in Abschnitt 9
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>

Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Unterstützung geben?

Weil Sie selbst und Deutschland davon profitieren können, wenn Sie mehr Mut zum Agieren zeigen. Die Beschränkung auf Reagieren kostet Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit.

Weil ständiges Informieren über Hartz IV-Entwicklungen und kostensparende Kochrezepte nur Frustration erzeugt. Sie können Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, wenn Sie die wahren Gründe zeigen, warum es zu Hartz IV gekommen ist. Hartz IV wäre vermeidbar gewesen!

Weil in den letzten 10 Jahren so viele Fehler gemacht wurden, die man endlich erkennen muß, wenn in Deutschland richtige Entscheidungen und Weichenstellungen vorgenommen werden sollen und müssen, auch wenn sie unangenehm sind!

Weil in Deutschland de facto eine mittelstandsverachtende Politik gemacht wird, an deren Auswirkungen das ganze System leidet. Mittelstand macht nicht nur Service on Demand. Innovationswachstum braucht einen innovationsorientierten Mittelstand, der vor einem Unternehmens-Genozid geschützt sein muss.

Weil Deutschland eine neue Generation braucht, die mit Volldampf den richtigen Kurs anstrebt und nicht mit jugendlicher, unbekümmerter Dynamik in die falsche Richtung rudert!

Weil Deutschland eine Aufbruchstimmung braucht, die mit überzeugenden Argumenten geschaffen werden kann, nicht durch Halbwahrheiten oder durch Vergleich von Äpfel mit Birnen (wie z.B. Wachstumsraten 2010).

Weil der Niedergang der ITK-Branche in das 11. Jahr geht. IT & Telekommunikation waren deutsche Kernkompetenzen. Die deutsche Bevölkerung hat ein Recht darauf informiert zu werden, warum diese Kompetenzen verloren gegangen sind.

Der Petent muss nach Bedarf Zugriff auf wirksame Verfahrensmittel haben, deren Nutzung je nach Petition unterschiedlich sein dürfte (siehe Punkt 41: Unser Schreiben vom 16.11.2010 an das BVerfG. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss außer Reichweite des Petenten). Dafür ist auch eine petentenfreundliche Beratung und Unterstützung erforderlich, damit mit unserer Petition zumindest die Grundrechtsverletzungen beendet werden können.

Die öffentliche Informationsversorgung ist eine Grundaufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender. Qualitätsjournalismus mit dem Anspruch, vierte Macht im Staat zu sein, sollte demokratischer Aufklärer, Kontrolleur der Regierenden und Mahner der Mächtigen sein. Diese hehre Zielsetzung kann wohl nur ein Ideal, ein Vollkommenheitsmuster sein. Wir helfen gerne mit, diesem Ideal möglichst nahe zu kommen und bitten um Ihre Prüfung und Beachtung.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Kopie des Schreibens an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags

PS.

Unsere Petitionseingaben nach der Stellungnahme des BMWi vom 31.05.2010, nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDFs:

Im Schreiben vom 28.06.2010 haben wir folgende Punkte ausgeführt:

1. Die Stellungnahme des BMWi ist unqualifiziert.
2. Stellungnahme des BMWi ist irreführend
3. Stellungnahme des BMWi: Gipfel der Unwahrheit
4. Entgegen der Stellungnahme des BMWi: Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

5. Das BMWi hat Deutschland großen Schaden zugefügt
 6. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
 7. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
 8. Stellungnahme des BMWi zu Grundrechten betroffener Unternehmer: Fehlanzeige, Grundgesetz vor Telekommunikationsgesetz
 9. Stellungnahme des BMWi ist nicht nur verantwortungslos, sie ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Deutschen Bundestag
 10. Punkte der parlamentarischen Prüfung
- Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>

Fortsetzung im Schreiben vom 12.07.2010:

11. Wir klagen an: Verbrecherische Lüge des BMWi
 12. Wir klagen an: Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten ITK-Mittelstands
 13. Stellungnahme des BMWi: Unerträgliche Infamie
 14. Stellungnahme des BMWi: Diffamierung unserer Kooperationswilligkeit in Fortsetzung
 15. Diffamierung unserer Anschreiben an das Bundeskanzleramt und das BMWi
 16. Personelle Verantwortung der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 17. Aufarbeitung der geschilderten Vorgänge seit der UMTS-Auktion 2000
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1207.pdf>

Fortsetzung im Schreiben vom 30.07.2010:

18. Deutschland-Vision ohne UMTS-Auktion 2000 & ohne verheerende Folgewirkungen am Beispiel Estland & USA
 19. Aufarbeitung und personeller Neuanfang: Voraussetzung für Trendwende
 20. Erlöse aus der Mobilfunkversteigerung 2010: Priorität für Schadensbeseitigung aus UMTS-Auktion 2000
 21. Was Deutschland und China gemeinsam haben: Menschenrechtsprobleme!
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet3007.pdf>

Fortsetzung im Schreiben vom 09.08.2010

22. Unsere Petition zu unseren Grundrechten: Hilferuf wehrloser Bürger
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet0908.pdf>

Fortsetzung im Schreiben vom 23.08.2010

23. Beweis und Zeugnis für unglaubliche Vorgänge der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen aus der Sicht eines führenden Großunternehmens
 24. UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension: Erkenntnisse und Konsequenzen nach 10 Jahren
 25. Deutschland 2010: ITK-Innovationsfähigkeit verloren. Innovationsfähigkeit wiedererlangen?
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2308.pdf>

Fortsetzung im Schreiben vom 18.10.2010

26. Verfassungsbeschwerde zu unserem Petitionsverfahren
 27. Gegenstand dieser Verfassungsbeschwerde
 28. Hintergrund zu unserem Petitionsverfahren
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1810.pdf>

Fortsetzung im Schreiben vom 02.12.2010

29. Präsentation unseres Congressband-Archivs als sichtbarer Beweis (Antrag)

- 30. Zeugenbefragung als Mittel der Beweisführung (Antrag)
 - 31. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss gemäß Art 45c (2) des Grundgesetzes
 - 32. Rehabilitierung unserer Congressmessen mit einem Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz
 - 33. Petitionsausschuss muss jetzt handeln !
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet0212.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 15.12.2010**

- 34. IKT-Standort Deutschland 2009 mit weiterhin rückläufiger Marktbedeutung: Niedergang der ITK-Branche geht in das 11. Jahr!
 - 35. Telekommunikationsgesetz: Kein Freibrief für ein Jahrhundert-Desaster
 - 36. Eil-Antrag: Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels zur Wiedergewinnung der Innovationsfähigkeit in der ITK-Branche
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1512.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 03.01.2011**

- 37. Massive Grundrechtsverletzungen ohne Abwehrmöglichkeit mit Negativ-Folgen für das System Deutschland
 - 38. Nicht akzeptable Grundeinstellung: Unbequeme Probleme abwehren, Zuständigkeit ablehnen, Verantwortung abschieben
 - 39. Ohne Wirkung definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundespräsidenten
 - 40. Ohne Antwort definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundestagspräsidenten
 - 41. Ohne Entscheidung nicht nachvollziehbar: Verfassungsbeschwerde zur Nutzung unseres Petitions-Grundrechtes
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 29.01.2011**

- 42. Informationsskandal: 10 Jahre lang Informationssperre über verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
 - 43. Wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben noch gerecht?
 - 44. Unsere Petition beim Deutschen Bundestag: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
 - 45. Unsere Anträge beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags entsprechend dem Bundesgesetz gemäß Art 45c (2) GG
 - 46. Unsere Anträge & Petitionsziele: Warum sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Unterstützung geben?
- > > > **Siehe oben**